

Nr. 4442/13

II- 9059 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1993-03-12

A N F R A G E

der Abgeordneten Doris Bures, DDr. Niederwieser, Dr. Müller und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Schüler- und Lehrlingsparlament

Im Rahmen der Sitzung des Schüler- und Lehrlingsparlamentes vom 10. Juni 1992 hat der Lehrlingsvertreter aus Oberösterreich, Herr Andreas Leindecker, eine Anfrage im Zusammenhang mit der Zukunft der Lehrlingsausbildung an Sie gerichtet.

Herr Leindecker kritisierte nicht nur Mängel im Lehrplan der Berufsschulen, der, wie er am Beispiel des Fachkundeunterrichtes erläuterte, nicht fachspezifisch ausgerichtet sei, sondern auch die Tatsache, daß für Berufsschüler keine Möglichkeit bestünde, Einsicht in den Lehrplan zu nehmen. Dementsprechend lautete eine Forderung des Lehrlingsvertreters nach einem Mitspracherecht bei der Begutachtung der Berufsschullehrpläne.

Defizite im Rahmen der Lehrlingsausbildung stellte Herr Leindecker in den Unterrichtsmethoden vieler Berufsschullehrer fest und plädierte für die Einrichtung einer "überparteilichen Kommission, die Fragebögen zur Lehrerbeurteilung erstellt und auswertet".

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

Anfrage:

1. In welcher Form könnte das Mitspracherecht der Berufsschülervertreter bei der Erarbeitung von Berufsschullehrplänen verbessert werden, um auf die spezielle Situation (Berufsschule und Tätigkeit im Betrieb im Rahmen des Ausbildungsverhältnisses) Rücksicht zu nehmen?
2. Sind die Direktionen verpflichtet, Berufsschülern und deren gewählten Vertretern auf Wunsch Einsicht in die Lehrpläne zu verschaffen?
3. Können Sie den Vorschlag, eine überparteiliche Kommission zur Lehrerbeurteilung an den Berufsschulen einzurichten, im Zuge künftiger Reformen berücksichtigen?